

**In Anwendung von Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, die sogenannte DSGVO, informiert Grupa Kęty S.A. über Folgendes:**

**1. Datenverwalter:**

**Der Verwalter Ihrer personenbezogenen Daten ist Grupa Kęty S.A. [AG]** (ul. Kościuszki 111, 32-650 Kęty, NIP [Steuernr.]: 5490001468).

**2. Kategorien von verarbeiteten personenbezogenen Daten:**

• **STELLENBEWERBER:**

Personenbezogene Daten werden verarbeitet:

- zum Abschluss eines Arbeitsvertrags oder auf Antrag der betroffenen Person vor Abschluss eines Arbeitsvertrags auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b der DSGVO;
- auf Grundlage der Einwilligung des Stellenbewerbers auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a der DSGVO und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a der DSGVO, die auch die Verarbeitung personenbezogener Daten für weitere Auswahlverfahren umfassen kann.

Der Umfang der verarbeiteten Daten beschränkt sich auf die für den Vertragsabschluss notwendigen Informationen, die sich aus den Bestimmungen des Arbeitsrechts ergeben (Vorname (n) und Nachname, Geburtsdatum, von einer solchen Person angegebene Kontaktdaten, Ausbildung, berufliche Qualifikationen, bisherige Erfahrung), sowie auf die vom Bewerber freiwillig zur Verfügung gestellten Daten (z.B. Bild - Foto), andere Kontaktdaten, Persönlichkeitstests und/oder psychologische Tests und Tests der fluiden Intelligenz, Videoaufzeichnung des Gesprächs).

Im Falle eines Online-Vorstellungsgesprächs werden personenbezogene Daten wie Vorname, Nachname, Benutzername in Zoom, Daten, die während eines Vorstellungsgesprächs zur Verfügung gestellt werden, und das Bild im Falle seiner Anzeige während eines Vorstellungsgesprächs ausschließlich zum Zweck der Durchführung der Online-Anwerbung verwendet, was auf Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO das berechtigte Interesse des Verwalters darstellt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist notwendig, um an dem Auswahlverfahren für die Arbeitsstelle beim Verwalter teilzunehmen.

In dem Bereich, in dem die Grundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten die Zustimmung ist, ist die Bereitstellung dieser Daten freiwillig.

Personenbezogene Daten werden während des Auswahlverfahrens und nach dessen Abschluss verarbeitet, solange die Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten nicht zurückgezogen wird, jedoch nicht länger als ein Jahr.

Jedem Stellenbewerber steht Folgendes zu:

- auf Grundlage von Art. 15 der DSGVO das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten;
- auf Grundlage von Art. 16 der DSGVO das Recht auf Berichtigung personenbezogener Daten;
- auf Grundlage von Art. 17 der DSGVO das Recht, die Löschung von Daten zu verlangen;
- auf Grundlage von Art. 18 der DSGVO das Recht, von dem Datenverwalter zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten, vorbehaltlich der in Artikel 18 Absatz 2 der DSGVO genannten Fälle, zu beschränken;
- auf der Grundlage von Art. 20 der DSGVO das Recht auf Übermittlung personenbezogener Daten nur im Bereich, in dem Daten automatisch verarbeitet werden;

- das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten ul. Stawki 2, 00 – 193 Warszawa einzureichen, falls man feststellt, dass Datenverarbeitung die Vorschriften der DSGVO verletzt.

Im Falle der Verarbeitung personenbezogener Daten auf der Grundlage der Einwilligung steht dem Stellenbewerber das Recht zu, diese zurückzuziehen, was jedoch die Gültigkeit der auf der Grundlage der Einwilligung in der Zeit zwischen der Erteilung und dem Widerruf durchgeführten Tätigkeiten nicht berührt.

Aufgrund der Art der Verarbeitung personenbezogener Daten bei einem Online-Vorstellungsgespräch haben Sie kein Recht auf Zugang zu Daten, Erhalt einer Kopie von Daten, Datenlöschung, Einschränkung der Datenverarbeitung, Datenübertragbarkeit und kein Recht, nicht einer automatisierten Entscheidungsfindung unterworfen zu werden.

Dem Stellenbewerber steht kein Recht zu, der Verarbeitung personenbezogener Daten aufgrund von Art. 21 der DSGVO zu widersprechen, da die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten nicht Art. 6 Abs.1 Buchstabe e oder f der DSGVO ist.

- **ARBEITNEHMER:**

Der Umfang der verarbeiteten personenbezogenen Daten umfasst sowohl die Daten, die nach den Bestimmungen des Arbeitsrechts bereitgestellt werden müssen, als auch die personenbezogenen Daten, die der Arbeitnehmer freiwillig zur Verfügung stellt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt:

- auf der Grundlage der freiwilligen Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a der DSGVO;
- zum Abschluss des Arbeitsvertrages auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b der DSGVO;
- zur Erfüllung der dem Verwalter auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c der DSGVO und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b der DSGVO obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen, insbesondere hinsichtlich der Verpflichtungen aus den arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen;
- im Bereich der Videoüberwachung zur Gewährleistung der Sicherheit von Personen, des Schutzes von Eigentum, der Produktionskontrolle und der Gewährleistung der Vertraulichkeit von Informationen, was auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO und Art. 22 (2) § 1 des Arbeitsgesetzbuches ein berechtigtes Interesse des Datenverwalters darstellt;
- in Bezug auf andere Formen der vom Verwalter verwendeten Überwachung, um sicherzustellen, dass die Arbeit so organisiert wird, dass die Arbeitszeit in vollem Umfang genutzt wird und die dem Arbeitnehmer zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel ordnungsgemäß verwendet werden können, was auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO und Art. 22 (3) des Arbeitsgesetzbuches ein berechtigtes Interesse des Datenverwalters darstellt;
- in Bezug auf die Daten, die während der Nutzung der ZOOM-Plattform verarbeitet werden, um Besprechungen während der Fernarbeit abzuhalten, was auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO ein berechtigtes Interesse des Datenverwalters darstellt

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist für den Abschluss und die Durchführung des Arbeitsverhältnisses mit dem Verwalter erforderlich.

In dem Bereich, in dem die Grundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten die Zustimmung ist, ist die Bereitstellung dieser Daten freiwillig.

Personenbezogene Daten werden während und nach der Beschäftigung verarbeitet, solange dies gesetzlich vorgeschrieben ist oder solange die Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten

nicht widerrufen wird, wenn sie die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten darstellt.

Personenbezogene Daten aus der Videoüberwachung werden nicht länger als 30 Tage gespeichert, und Daten aus anderen Formen der Überwachung werden für den in den IT-Verfahren angegebenen Zeitraum gespeichert.

Jedem Arbeitnehmer steht Folgendes zu:

- auf Grundlage von Art. 15 der DSGVO das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten;
- auf Grundlage von Art. 16 der DSGVO das Recht auf Berichtigung personenbezogener Daten;
- auf Grundlage von Art. 17 der DSGVO das Recht, die Löschung von Daten zu verlangen;
- auf Grundlage von Art. 18 der DSGVO das Recht, von dem Datenverwalter zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten, vorbehaltlich der in Artikel 18 Absatz 2 der DSGVO genannten Fälle, zu beschränken;
- auf der Grundlage von Art. 20 der DSGVO das Recht auf Übermittlung personenbezogener Daten nur im Bereich, in dem Daten automatisch verarbeitet werden;
- das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten ul. Stawki 2, 00 – 193 Warszawa einzureichen, falls man feststellt, dass Datenverarbeitung die Vorschriften der DSGVO verletzt.

Im Falle der Verarbeitung personenbezogener Daten auf der Grundlage der Einwilligung steht dem Arbeitnehmer das Recht zu, diese zurückzuziehen, was jedoch die Gültigkeit der auf der Grundlage der Einwilligung in der Zeit zwischen der Erteilung und dem Widerruf durchgeführten Tätigkeiten nicht berührt.

Aufgrund der Art der Verarbeitung personenbezogener Daten bei Online-Gesprächen haben Sie kein Recht auf Zugang zu Daten, Erhalt einer Kopie von Daten, Datenlöschung, Einschränkung der Datenverarbeitung, Datenübertragbarkeit und kein Recht, nicht einer automatisierten Entscheidungsfindung unterworfen zu werden.

Wenn die Daten auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO verarbeitet werden, d.h. zur Realisierung rechtlich begründeter Interessen, steht dem Arbeitnehmer das Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung zu.

- **GÄSTE:**

Der Umfang der personenbezogenen Daten umfasst die zur Identifizierung notwendigen Daten, die vom Monitoring aufgezeichneten Daten und die Fahrzeugdaten (fakultative Daten).

Die personenbezogenen Daten werden auf Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO ausschließlich zum Zweck der Gewährleistung der Sicherheit von Personen und des Schutzes von Eigentum, der Produktionskontrolle und der Gewährleistung der Vertraulichkeit von Informationen verarbeitet, was ein berechtigtes Interesse des Datenverwalters darstellt.

Es ist notwendig, Daten zur Verfügung zu stellen - wenn diese Daten nicht zur Verfügung gestellt werden, fehlt die Möglichkeit der Identifizierung und somit können Sie das Firmengelände nicht betreten.

Für die Ausstellung eines Ausweises ist daher die Vorlage eines Personalausweises erforderlich - der Personalausweis wird nicht kopiert, gescannt oder fotografiert.

Personenbezogene Daten werden so lange verarbeitet, wie dies gesetzliche Bestimmungen über die Gewährleistung der Sicherheit von Personen und des Schutzes von Eigentum bei der Feststellung, Ermittlung und Verteidigung von Ansprüchen erfordern.

Durch Videoüberwachung aufgezeichnete Daten werden für einen Zeitraum von höchstens 30 Tagen aufbewahrt.

Jeder Person steht Folgendes zu:

- auf Grundlage von Art. 15 der DSGVO das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten;
- auf Grundlage von Art. 16 der DSGVO das Recht auf Berichtigung personenbezogener Daten;
- auf Grundlage von Art. 18 der DSGVO das Recht, von dem Datenverwalter zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten, vorbehaltlich der in Artikel 18 Absatz 2 der DSGVO genannten Fälle, zu beschränken;
- das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten einzureichen, falls man feststellt, dass Datenverarbeitung die Vorschriften der DSGVO verletzt.

Wenn die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO ist, steht auf Grundlage von Art. 21 der DSGVO das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten zu.

Ihnen steht Folgendes nicht zu:

- das Recht, die Löschung personenbezogener Daten gem. Art. 17 Abs. 3 Buchstabe b, d oder e der DSGVO zu verlangen;
- das Recht auf die Übermittlung personenbezogener Daten nach Art. 20 der DSGVO.

Videoüberwachungsaufzeichnungen können aus technischen Gründen nicht korrigiert werden und unterliegen nicht dem Recht, eine Kopie zu erhalten, wenn dadurch die Rechte und Freiheiten anderer Personen, die möglicherweise an der Aufzeichnung beteiligt sind, verletzt werden könnten.

- **KUNDEN UND VERTRAGSPARTNER:**

Der Umfang personenbezogener Daten umfasst Identifikationsdaten, Kontaktdaten sowie Daten, die in öffentlich zugänglichen Registern und Quellen enthalten sind oder die vom Kunden/Vertragspartner angegebenen Daten, darunter auch Daten der zur Vertretung berechtigten Personen sowie Daten der Bevollmächtigten und Daten der angegebenen Kontaktpersonen.

Personenbezogene Daten werden je nach Rechtsgrundlage, die beide Parteien verbindet, verarbeitet, und zwar zu:

- dem Vertragsabschluss oder zur Ausführung deren Bedingungen auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe b der DSGVO;
- der Aufnahme von Handlungen vor dem Vertragsabschluss auf Wunsch der Person, auf die sich die Daten beziehen, insbesondere zur Vorbereitung des Angebots auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe b der DSGVO;
- der Erfüllung von gesetzlichen Pflichten im Bereich von Abgaben- und Rechnungspflichten auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe c der DSGVO;
- der Ausführung des rechtlich begründeten Interesses des Verwalters, das in Werbung eigener Waren, Korrespondenzführung oder Beantwortung von unter Verwendung der Kontaktdaten des Verwalters gestellten Anfragen besteht sowie in Vindikationsverfahren und Bearbeitung von Reklamationen, falls notwendig, auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO.
- in Bezug auf die Daten, die während der Nutzung der ZOOM-Plattform verarbeitet werden, um Fernbesprechungen abzuhalten, was auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO ein berechtigtes Interesse des Datenverwalters darstellt

Im Falle von Vertragsabschluss mit Handelsrechtsgesellschaft oder -einrichtung, verarbeitet der Verwalter personenbezogene Daten der zu ihrer Vertretung berechtigten Personen und der Kontaktpersonen ausschließlich zu den Zwecken, die mit dem Abschluss und der Erfüllung von Verträgen und der Durchführung eventueller Beschwerde- und Inkassotätigkeiten zusammenhängen, was ein berechtigtes Interesse des Verwalters auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO darstellt. In solchen Fällen umfassen personenbezogene Daten Identifikationsdaten, Kontaktdaten, Arbeitsstelle und andere Daten aus allgemein zugänglichen Registern (Landesgerichtsregister, Gewereregister) oder die von anderen Gesellschaften oder Institutionen zum Vertragsabschluss und dessen Ausführung angegebenen Daten.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um Vertrag zu schließen und auszuführen.

Ihre personenbezogenen Daten werden für den Zeitraum verarbeitet, der für die Vertragserfüllung oder die Verjährung von Ansprüchen sowie für die Erfüllung der dem Verwalter obliegenden gesetzlichen Verpflichtung, insbesondere in Bezug auf steuerliche und buchhalterische Pflichten, erforderlich ist.

Jeder Person steht Folgendes zu:

- auf Grundlage von Art. 15 der DSGVO das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten;
- auf Grundlage von Art. 16 der DSGVO das Recht auf Berichtigung personenbezogener Daten;
- auf Grundlage von Art. 17 der DSGVO das Recht, die Löschung von Daten zu verlangen;
- auf Grundlage von Art. 18 der DSGVO das Recht, von dem Datenverwalter zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten, vorbehaltlich der in Artikel 18 Absatz 2 der DSGVO genannten Fälle, zu beschränken;
- auf der Grundlage von Art. 20 der DSGVO das Recht auf Übermittlung personenbezogener Daten nur im Bereich, in dem Daten automatisch und anhand des Vertrags verarbeitet werden;
- das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten ul. Stawki 2, 00 – 193 Warszawa einzureichen, falls man feststellt, dass Datenverarbeitung die Vorschriften der DSGVO verletzt.

Wenn die Daten auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO verarbeitet werden, d.h. zur Realisierung rechtlich begründeter Interessen, steht dem Kunden/ Vertragspartner das Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung zu.

Aufgrund der Art der Verarbeitung personenbezogener Daten bei Online-Gesprächen haben Sie kein Recht auf Zugang zu Daten, Erhalt einer Kopie von Daten, Datenlöschung, Einschränkung der Datenverarbeitung, Datenübertragbarkeit und kein Recht, nicht einer automatisierten Entscheidungsfindung unterworfen zu werden.

#### • **KONTAKT/KORRESPONDENZ**

Personenbezogene Daten werden zur Beantwortung einer über das Kontaktformular oder per Post gestellten Frage verarbeitet, was auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO ein berechtigtes Interesse des Datenverwalters darstellt;

Die Daten sind notwendig, um die über das Kontaktformular oder per Post gestellte Frage beantworten zu können.

Ihre personenbezogenen Daten werden für den Zeitraum verarbeitet, der für die Verjährung von Ansprüchen erforderlich ist.

Jeder Person steht Folgendes zu:

- auf Grundlage von Art. 15 der DSGVO das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten;
- auf Grundlage von Art. 16 der DSGVO das Recht auf Berichtigung personenbezogener Daten;
- auf Grundlage von Art. 17 der DSGVO das Recht, die Löschung von Daten zu verlangen;
- auf Grundlage von Art. 18 der DSGVO das Recht, von dem Datenverwalter zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten, vorbehaltlich der in Artikel 18 Absatz 2 der DSGVO genannten Fälle, zu beschränken;
- auf der Grundlage von Art. 20 der DSGVO das Recht auf Übermittlung personenbezogener Daten nur im Bereich, in dem Daten automatisch und anhand des Vertrags verarbeitet werden;
- das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten ul. Stawki 2, 00 – 193 Warszawa einzureichen, falls man feststellt, dass Datenverarbeitung die Vorschriften der DSGVO verletzt.

Wenn die Daten auf der Grundlage von Art. 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO verarbeitet werden, d.h. zur Realisierung rechtlich begründeter Interessen, steht dem Absender oder Empfänger das Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung zu.

- **AKTIONÄRE:**

Der Datenverwalter verarbeitet die folgenden Kategorien personenbezogener Daten von Aktionären oder Bevollmächtigten von Aktionären: Identifikationsdaten, Adressdaten, Kontaktdaten und Bild.

Personenbezogene Daten von Aktionären oder Bevollmächtigten können für die folgenden Zwecke verarbeitet werden:

- 1) die Organisation der Generalversammlung und Ermöglichung der Ausübung des Stimmrechts durch berechtigte Personen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c der DSGVO,
- 2) die Aufzeichnung und Übertragung der Generalversammlung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO, um die Transparenz der Tätigkeiten des Datenverwalters und den gleichberechtigten Zugang zu Entscheidungen oder Diskussionen bei der Generalversammlung zu fördern,
- 3) die Ausübung der Rechte und Pflichten eines Aktionärs auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c der DSGVO.

Personenbezogene Daten von Aktionären oder Bevollmächtigten können vom Verwalter zur Verfügung gestellt werden:

- 1) anderen Aktionären, falls sie Aktionäre des Verwalters gem. Art. 407 § 1 und § 11 des Gesetzes über Handelsgesellschaften betreffen,
- 2) der polnischen Finanzaufsichtsbehörde („KNF”), auf Grundlage von Art. 70 Pkt. 2 des Gesetzes über das öffentliche Angebot und die Bedingungen für die Einführung von Finanzinstrumenten in das organisierte Handelssystem und über öffentliche Unternehmen,
- 3) einer Einrichtung, die auf Antrag des Verwalters personenbezogene Daten verarbeitet und Abstimmungsdienste bei der Generalversammlung erbringt.

Personenbezogene Daten von Aktionären oder Bevollmächtigten in Form ihres während der Hauptversammlung aufgezeichneten Bildes werden im Rahmen der Echtzeit-Übertragung und Veröffentlichung der Aufzeichnung auf der Website des Verwalters zur Verfügung gestellt.

Personenbezogene Daten von Aktionären und Bevollmächtigten werden für den Zeitraum von 6 Jahren aufbewahrt, ab dem Erhalt und der Aufzeichnung von dem Verwalter

Jedem Aktionär und Bevollmächtigten steht Folgendes zu:

- auf Grundlage von Art. 15 der DSGVO das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten;
- auf Grundlage von Art. 16 der DSGVO das Recht auf Berichtigung personenbezogener Daten;

- auf Grundlage von Art. 17 der DSGVO das Recht, die Löschung von Daten zu verlangen;
- auf Grundlage von Art. 18 der DSGVO das Recht, von dem Datenverwalter zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten, vorbehaltlich der in Artikel 18 Absatz 2 der DSGVO genannten Fälle, zu beschränken;
- auf der Grundlage von Art. 20 der DSGVO das Recht auf Übermittlung personenbezogener Daten nur im Bereich, in dem Daten automatisch und anhand des Vertrags verarbeitet werden;
- das Recht, eine Beschwerde beim Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten ul. Stawki 2, 00 – 193 Warszawa einzureichen, falls man feststellt, dass Datenverarbeitung die Vorschriften der DSGVO verletzt.

In Bezug auf aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO verarbeitete personenbezogene Daten, steht dem Aktionär oder seinem Bevollmächtigten das Recht auf Widerspruch gegen Datenverarbeitung aufgrund von Art. 21 der DSGVO zu.

Aufgrund der Art der Verarbeitung personenbezogener Daten bei Online-Meetings haben Sie kein Recht auf Zugang zu Daten, Erhalt einer Kopie von Daten, Datenlöschung, Einschränkung der Datenverarbeitung, Datenübertragbarkeit und kein Recht, nicht einer automatisierten Entscheidungsfindung unterworfen zu werden.

Personenbezogene Daten des Aktionärs oder des Bevollmächtigten können daher stammen:

- 1) aus dem System des Nationalen Wertpapierdepots [Krajowy Depozyt Papierów Wartościowych S.A.], wenn sie den Aktionär des Verwalters betreffen,
- 2) vom Vollmachtgeber im Falle der erteilten Vollmacht, wenn es sich um den Bevollmächtigten des Aktionärs handelt.

Der Aktionär oder Bevollmächtigte muss personenbezogene Daten für den oben genannten Zweck zur Verfügung stellen, um eine Liste der zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigten Personen zu erstellen und der polnischen Finanzaufsichtsbehörde (KNF) oder einem anderen Aktionär vorzulegen und das Recht zur Teilnahme an der Generalversammlung zu überprüfen.

### **3. Übermittlung von personenbezogenen Daten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums**

Personenbezogene Daten eines Arbeitnehmers dürfen nur für Geschäftsreisen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums übermittelt werden. In einem solchen Fall stellt der Verwalter sicher, dass die personenbezogenen Daten ordnungsgemäß gesichert sind, insbesondere durch Unterzeichnung der entsprechenden Verträge, und sorgt auch dafür, dass das Recht, eine Kopie der Daten oder Informationen darüber zu erhalten, wo die Daten zur Verfügung gestellt werden, ausgeübt werden kann.

In den nicht genannten Fällen werden personenbezogene Daten nicht außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder an internationale Organisationen übermittelt.

### **4. Profiling:**

Personenbezogene Daten werden nicht für automatisierte Entscheidungsfindung, insbesondere automatisiertes Profiling, verwendet.

### **5. Empfänger von personenbezogenen Daten:**

Personenbezogene Daten können den staatlichen Behörden im Zusammenhang mit von ihnen geführten Verfahren nach geltendem Recht zur Verfügung gestellt werden.

Im übrigen Umfang ist der Zugang zu personenbezogenen Daten auch geschulten und berechtigten Mitarbeitern oder Mitarbeitern des Verwalters, einschließlich der Subjekte, die Dienstleistungen im Bereich des Personen- und Vermögensschutzes, der Rechts-, Beratungs-, IT-, Buchhaltungs-, Kurier- oder Postdienstleistungen, der Wirtschaftsprüfung, Programmierung, Versicherung erbringen, gewährt.

**6. Kontaktdaten des Datenschutzinspektors:**

Bei Fragen oder Anmerkungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere zwecks Ausübung Ihrer Rechte, wenden Sie sich bitte an den Datenschutzinspektor Herrn Tomasz Cygan, E-Mail: [IODO\\_grupakety@grupakety.com](mailto:IODO_grupakety@grupakety.com), Tel. 694 429 337 oder per Post an den Datenverwalter.